

Zwei Jahre Bundeswehrreform – Eine Bilanz

Der VAB sieht im Bereich des Zivilpersonals menschliche, arbeitsorganisatorische und finanzielle Schäden sowie einen gravierenden Loyalitätsverlust

Am 18. April 2011 legte Verteidigungsminister Thomas de Maizière mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien die sicherheitspolitische Grundlage für die Reform der Bundeswehr fest, die seither als Neuausrichtung bezeichnet wird. In diesen zwei Jahren wurde die Bundeswehr so grundlegend umgewälzt wie niemals zuvor. Nach zwei Jahren ist für den Bereich des Zivilpersonals eine negative Bilanz zu ziehen.

Der VAB fordert eine Korrektur des Reformkurses:

Neben arbeitsorganisatorischen und finanziellen Schäden, sind es vor allem die menschlichen und sozialen Auswirkungen, die nach zwei Jahren zu bilanzieren sind. Auf diese Folgen wies der Bundesvorsitzende des VAB, Herbert Schug, in einer am 21. März 2013 in den Räumen des Deutschen Bundestages stattgefundenen politischen Diskussionsrunde auf höchster politischer Ebene hin.

Die durch den Bundesminister der Verteidigung planmäßig mit eisiger Konsequenz durchgezogene Umstrukturierung hinterlässt menschliche und soziale Verwüstung. Die an den VAB herangetragenen Schicksale machen deutlich, dass ein fürsorglicher und verantwortungsvoller Umgang mit den Beschäftigten nicht stattfindet. Vielmehr werden Ziel- und Bedarfsplanungen mit Akribie und in größter Geschwindigkeit, teilweise unter Nichtbeachtung der Tarifverträge, durchgezogen. Opfer sind neben den einzelnen Beschäftigten auch die in den vergangenen Jahrzehnten trotz mehrfacher Reformen stabil gebliebene Identifikation und die Loyalität der Beschäftigten mit ihrer Bundeswehr. Die "innere Kündigung" ist der Regelfall. Viele, fast alle, sind bereits wiederholten Strukturmaßnahmen in den letzten Jahren unterworfen. Die Konsequenzen sind inakzeptabel. Immer größere Entfernungen zur Arbeitsstelle, wiederholte Umzüge und Einarbeitungen in immer wieder neue Arbeitsstrukturen und Arbeitsumfelder verbunden mit oftmals nicht mehr nachvollziehbaren Konsequenzen für Entgelt und Eingruppierung sind in ihrer Häufigkeit für viele Beschäftigte nicht mehr zu bewältigen. Dauerhafte Frustration und gesundheitliche Beeinträchtigungen sind die Folge. Die personalführenden Stellen können ihrer Verantwortung nicht mehr gerecht werden und sind oftmals überfordert, die strikten Weisungen des Ministeriums umzusetzen. Auch in den Arbeitsebenen ist ein Klima der Verängstigung zu spüren. Dass diese Belastungen durch unsensible Kommentierungen des Ministeriums begleitet werden, untermauern das zunehmende Zerwürfnis zwischen den Beschäftigten und der politischen Führung im BMVg.

Herbert Schug ist sich nach seinen Gesprächen in Berlin sicher, dass die politischen Entscheidungsträger in Berlin die großen Baustellen und Schäden der 6. Reform inzwischen erkennen und Chancen für Kurskorrekturen bestehen. „Wir als VAB arbeiten mit allen Mitteln auf politischer Ebene auf notwendige Änderungen hin.“

Den Wandel ins Visier nehmen – Gemeinsam Zukunft sichern!